

■ Gruppe und Identität  
in Raum und Zeit

Gruppo e identità ■  
nello spazio e nel tempo

Herausgegeben von

Elmar Schafroth  
Domenico Conte

A cura di

Elmar Schafroth  
Domenico Conte

ATHENA | wbv

Elmar Schafroth u. Domenico Conte (Hgg.)  
Gruppe und Identität in Raum und Zeit

Elmar Schafroth e Domenico Conte (a cura di)  
Gruppo e identità nello spazio e nello tempo

Beiträge zur Kulturwissenschaft

Band 53

Elmar Schafroth und Domenico Conte (Hgg.)

In Zusammenarbeit mit Felix Wittmeier

Elmar Schafroth e Domenico Conte (a cura di)

Con la collaborazione di Felix Wittmeier

Gruppe und Identität  
in Raum und Zeit

Gruppo e identità  
nello spazio e nel tempo

Der vorliegende Band umfasst die Beiträge des 18. Interdisziplinären Partnerschaftskolloquiums zwischen der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und der Università degli Studi di Napoli Federico II am 15. und 16. September 2022.

Gedruckt mit Unterstützung der Philosophischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und des Dipartimento di Studi Umanistici dell'Università degli Studi di Napoli Federico II.

Ein ATHENA-Titel bei wbv Publikation

© 2024 wbv Publikation

ein Geschäftsbereich der  
wbv Media GmbH & Co. KG

Gesamtherstellung:  
wbv Media, Bielefeld  
Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld,  
service@wbv.de  
wbv.de

ISBN (Print) 978-3-7639-7360-6

ISBN (E-Book) 978-3-7639-7361-3

Printed in Poland

---

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

---

# Inhalt

*Domenico Conte und Elmar Schafroth*

Gruppe und Identität in Raum und Zeit.

Einführung. . . . . 9

*Domenico Conte e Elmar Schafroth*

Gruppo e identità nello spazio e nel tempo.

Introduzione . . . . . 13

Résumés. . . . . 17

Abstracts. . . . . 27

Gruppe und Identität: Literatur und Linguistik

Gruppo e identità: letteratura e linguistica

*Domenico Conte*

Gruppe und Gefahr. Der Kridwiß-Kreis im *Doktor Faustus* von Thomas Mann. . . 39

*Bernhard Arnold Kruse*

Die Entdeckung des modernen Nationalismus bei Friedrich Schiller . . . . . 53

*Matthias Bürgel*

Testi che «viaggiano in gruppo»: Domenico Cavalca, Simone Fidati,

Simone da Cascina e i manoscritti miscellanei . . . . . 93

*Ursula Hennigfeld*

*Zwei kleine Italiener, die träumen von Napoli:*

Italien in der BRD der 1950er- und 1960er-Jahre . . . . . 119

*Martina Nicklaus*

Il film *Napoli velata/Das Geheimnis von Neapel* e i limiti della traducibilità. . . . 141

*Francesca M. Dovetto*

Reti allargate e reti ristrette:

il caso dei soprannomi a Forio d'Ischia e a Palazzo Adriano . . . . . 151

*Rolf Kailuweit*

Sprache aus »volonté populaire«?

Zur glottopolitischen Konstruktion des Korsischen . . . . . 171

*Elmar Schafroth*

Sprache und Identität: Zimbrisch und Fersentalerisch . . . . . 199

*Das Land der Toten: Menschen ohne Menschenrechte.*  
Die Vertreibungen der deutschsprachigen Bevölkerung  
nach dem Zweiten Weltkrieg und die Aufrufe des  
CAME\*

Andrea D'Onofrio

1 Einleitung

*Das Land der Toten* ist nicht die Überschrift eines Horror- oder Zombieromans, sondern der dramatische Titel eines von zwei Aufrufen des CAME, des *Committee against Mass Expulsion*. Der Titel berief sich auf einen Ausdruck, der am 16. November 1946 in einem Artikel der Schweizer Zeitung »Weltwoche« erschienen war, wo man von der Existenz zweier »Eiserner Vorhänge« sprach. Der zweite »Vorhang«, von dem niemand sprach und der wenig bekannt war, sollte die Grenze bezeichnen zwischen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und den ehemaligen deutschen Ostgebieten, die während der Potsdamer Konferenz Polen zugewiesen wurden und daher außerhalb der Zuständigkeit der alliierten Militärregierungen lagen. Östlich dieses zweiten »Eisernen Vorhangs«, der im Wesentlichen mit der Oder-Neiße-Linie zusammenfällt, hätte sich ein Land ohne Recht und Gerechtigkeit, ein Land der Menschen ohne Rechte, ein »Land der Toten« ausgeweitet.

Die Aufrufe beziehen sich auf eins der tragischsten historischen Ereignisse, das in der letzten Phase des 2. Weltkriegs und in der unmittelbaren Zeit danach einen Teil der deutschen und deutschsprachigen Bevölkerung, diesmal nicht in der Rolle der Täter der schrecklichen nationalsozialistischen Gräueltaten, sondern in der Rolle der Opfer der politischen Entscheidungen der Alliierten und Kriegsgewinner, betraf.

Die im folgenden behandelten Appelle des CAME richteten sich gegen die in den letzten Kriegsmontaten begonnenen Vertreibungen sowohl der Deutschen aus den ehemaligen östlichen Regionen Deutschlands, die nach dem 2. Weltkrieg Polen und zu einem kleineren Teil, d. h. dem Teil Ostpreußens um Königsberg, auch der Sowjetunion zugeteilt wurden, als auch der deutschsprachigen Bevölkerung aus osteuropäischen Ländern wie Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien und Rumänien.

Anhand zunächst dieser zwei Dokumente aus den USA, aber auch anderer Quellen, wird in folgendem Beitrag versucht, darzustellen und zu analysieren, inwieweit schon damals die Maßnahmen gegen die ostdeutsche Bevölkerung und die deutschsprachigen Minderheiten in Mittel- u. Osteuropa infolge der geopolitischen Entscheidungen und Projekte der Kriegsgewinner, also der Alliierten, im Rahmen der Neuordnung Europas nach dem 2. Weltkrieg, international auf heftige Kritik stießen, vor allem aufgrund des hohen Grades an Gewalt und der Verweigerung von Menschenrechten.

Das Thema der Flucht und der Vertreibung ganzer Bevölkerungsteile wegen politischer, ethnischer, religiöser Verfolgung, wegen kriegsbedingter Gründe und allgemein wegen Hunger und Not, ist leider noch heute in der Welt und besonders auch in Europa, mehr denn je, dramatisch aktuell und ist sowohl für das 20. als auch für das 21. Jahrhundert in den letzten Jahrzehnten immer mehr in den Mittelpunkt der wissenschaftlichen Forschung gerückt (siehe, u. a., Schönhagen/Herbert 2023; Sorgoni 2022; Kossert 2020; Gatrell 2019; Polman 2019; Oltmer 2017; Ther 2017; Frank 2017; Schwartz 2013; Ferrara/Pianciola 2012; Brandes/Sundhausen/Troebst 2010; Bingen/Borodziej/Troebst 2004; Naimark 2001; Cattaruzza/Dogo/Pupo 2000; Bade 2000).

Aber auch die spezifische Frage der deutschen Flüchtlinge und Ostvertriebenen am Ende des II. Weltkriegs ist noch immer ein sehr brisantes Thema, das durch eine breite Fülle von wissenschaftlichen Arbeiten und biografischen Erinnerungsschriften seit einigen Jahrzehnten in Deutschland tief erforscht und nun sehr bekannt ist (siehe, z. B., Douglas 2012; Demshuk 2012; Beer 2011; Burk/Fehse/Krauss/Spröer/Wolter 2011; Kossert 2008; Connor 2007; Schwartz 2004; Rock/Wolff 2002; Schulze/Rohde/Voss 2001; Knopp 2001; Benz 1985)<sup>1</sup>, dagegen weniger oder fast kaum in Italien (D'Onofrio 2014a, b; Artico 2008; Knopp 2004; Schulze 2003; Brandes 2000; Faulenbach 2000; Picone Chiodo 1987).

---

1 Die hier angegebenen Bücher stellen nur eine sehr kleine Auswahl einer nun sehr breiten wissenschaftlichen Literatur über die deutschen u. deutschsprachigen Flüchtlinge und Vertriebenen infolge des 2. Weltkriegs dar. Einige Bände – z. B. *Fremde Heimat* u. *Die große Flucht* – sind als Bücher zu gleichnamigen Fernsehserien u. -dokumentationen entstanden. Zur Migrationsfrage in Deutschland nach 1945 siehe auch Etzold, Löhnig, Schlemmer 2019.

## 2 Die CAME-Aufrufe und ihre Unterzeichner

Wir, die unterzeichneten Amerikaner, sind tief beunruhigt durch die heute in Europa geübte Politik der Massendeportationen sowie durch das verhältnismäßig große Stillschweigen unserer Presse und das völlige Stillschweigen der öffentlichen Meinung in dieser lebenswichtigen Frage. Wir möchten daher die Aufmerksamkeit unserer Mitbürger auf die besonders in die Augen springende Anwendung dieser Politik auf die Einwohner des östlichen Deutschlands lenken.

Wir greifen diese Gruppe heraus nicht etwa wegen einer politischen oder gefühlsmäßigen Vorliebe, sondern weil sie den größten einzelnen Block vertriebener Personen darstellt und daher das größte Problem bildet. Die Not der zweitgrößten Gruppe, der Sudetendeutschen und der Ungarn in der Tschechoslowakei, ist der Welt bereits vor Augen geführt durch eine Broschüre, die von den amerikanischen Freunden Demokratischer Sudetenbewohner, deren Förderer einige von uns waren, herausgegeben worden ist.

[...]

Die Tatsachen betreffs der Massenvertreibungen in Europa sind folgende: weit über die Millionen menschlicher Wesen hinaus, die von den Achsenmächten und von der Sowjetunion während des Krieges entwurzelt worden sind, werden mehr als 20 Millionen Menschen in Osteuropa von der Vertreibung aus ihrer Heimat bedroht oder sind bereits vertrieben. Millionen der Kräftigsten von ihnen sind von ihren Familien getrennt und in die Sklaverei abgeführt worden, und es ist zu fürchten, dass volle drei Millionen im Verlauf der Austreibung infolge von Misshandlungen, oder aus Mangel an Nahrung und Unterkunft umgekommen sind. Der Beweis dieser Tatsachen aufgrund von unparteiischen und selbst feindlichen Quellen wird in dieser Broschüre erbracht.

Unter diesen Vertriebenen befinden sich etwa 3 Millionen Polen aus den Gegenden östlich der Curzon-Linie und mehr als eine halbe Million Ungarn in der Slowakei. Deutschsprechende Völker bilden aber den bei weitem größten Prozentsatz, – nämlich eine Gesamtzahl von rund 17 Millionen. Die Hauptmasse dieser Deutschen, etwa 10 Millionen Menschen, gehörten weder zu einer Minderheitengruppe, die in fremden Ländern lebte, noch waren sie von Hitler ausgesandte Siedler zur Bevölkerung erobelter Provinzen. Im Gegenteil, sie bildeten die eingeseessene Bevölkerung so alter deutscher Provinzen wie Schlesien, Brandenburg, Pommern und Ostpreußen und ihr Recht auf ihre Heimstätten war seit Jahrhunderten nicht bestritten (Komitee gegen Massenvertreibung 1948, 3).

Mit diesen Worten beginnt die deutsche Fassung des schon erwähnten Aufrufes: *The land of the dead: study of the deportations from eastern Germany*, der 1947 in New York zusammen mit einem zweiten Appell, unter dem Titel: *Men without the rights of man: a report on the expulsion and extermination of the German speaking minority groups in the Balkans and prewar Poland*, durch das schon zitierte »Committee against Mass Expulsion«, kurz CAME, ver-

öffentlich wurde (CAME 1947a, b). Beide Aufrufe wurden 1948 in deutscher Übersetzung und in gekürzter Fassung als einheitliche Broschüre vom Zonenausschuß der CDU der britischen Zone mit dem Titel: *Das Land der Toten. Menschen ohne Menschenrechte. Studien der Deportationen aus dem Osten Deutschlands* veröffentlicht.

Unter den neunzehn Unterzeichnern der beiden CAME-Appelle – von denen einige schon in der »American Civil Liberties Union«, einer der wichtigsten amerikanischen Menschenrechtsorganisationen, tätig waren – befanden sich die bekannte Journalistin Dorothy Thompson, der berühmte Pädagoge John Dewey, der Philologe Dean Christian Gauss, die Journalisten und Publizisten Christopher Emmet und Varian Fry, der Jesuit John La Farge.

Die Appelle wandten sich, wie schon hervorgehoben, gegen das dramatische Schicksal der Flucht und Zwangsvertreibungen, das seit dem Ende 1944 die deutsche und deutschsprachige Bevölkerung aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und aus den Ländern Ost- u. Mitteleuropas getroffen hatte.

### 3 Der Weg zur Flucht und Vertreibung der Ostdeutschen und deutschsprechenden Minderheiten aus Mittel- und Osteuropa und die Verantwortung der Alliierten

Um die vom CAME in den oben genannten Appellen geführten Proteste und Kritiken besser verstehen zu können, erscheint es als notwendig, einen geschichtlichen Überblick über die Entscheidungen und Ereignisse zu bieten, die zur Flucht und Vertreibung der Deutschen und der deutschen Minderheiten aus Mittel- u. Osteuropa seit den letzten Monaten des Zweiten Weltkriegs führten.

Am Ende des Zweiten Weltkriegs planten die Alliierten und die von der nationalsozialistischen Besatzung befreiten Länder Ostmitteleuropas die Bildung möglichst homogener Nationalstaaten. Zu diesem Zweck wurden die dort lebenden Minderheiten Opfer großangelegter und von einem hohen Maß an Gewalt, Willkür und Zwang gekennzeichneten Umsiedlungen. In der letzten, blutigsten Phase des Krieges und in dem halben Jahrzehnt danach sollten in diesem Projekt des »großen Reinemachen« rund 12,5 Millionen Deutsche und Angehörige der deutschsprachigen Minderheiten die größte Gruppe der ungefähr 30 Millionen ausgewiesenen Menschen in Europa bilden (Beer 2011).

Wie Ray Douglas in seiner Darstellung der Vertreibungen deutlich macht (Douglas 2012, 93 ff.), wie aber auch schon Theodor Schieder in der in den 1950er-Jahren von ihm herausgegebenen wichtigen Dokumentation der Vertreibungen aus Ost-Mitteleuropa betont hatte (Dokumentation 1953–1962; Schieder 1960; vgl. auch Beer 1998), waren die Zwangsumsiedlungen keine geschichtliche Neuigkeit. Sie wurden ohne Weiteres schon in vorigen Jahrhunderten als Mittel machtpolitischer Strategien benutzt; die heutige Forschung ist sich aber weitgehend einig, das 20. Jahrhundert als den Höhepunkt der Zwangsmigrationen zu deuten. Ab den Balkankriegen und vor allem während des Ersten Weltkriegs kamen sie wieder in Erscheinung; doch außer einigen Ausnahmen, wie den französischen Säuberungsmaßnahmen gegen die deutsche Minderheit in den Grenzregionen von Elsass und Lothringen zwischen 1918 und 1921, wurden sie nicht in der Zwischenkriegszeit als internationales Instrument zur Lösung der Minderheitenfrage in Mittel- u. Süd-Osteuropa in Betracht gezogen. So blieb in dieser Zeitspanne auch der in der Konvention von Lausanne (1923) von der internationalen Diplomatie genehmigte Austausch der griechischen und türkischen Minderheit zwischen der Türkei und Griechenland (vgl. Douglas 2012, 96 ff.) – der später so oft von nicht wenigen internationalen Politikern, durch eine deutliche Geschichtsverfälschung, als eine geglückte und gelungene außenpolitische Maßnahme begrüßt werden sollte – eher eine Ausnahme. Erst der Verlauf des Zweiten Weltkriegs und die aggressive und gewaltsame Machtpolitik seiner Hauptbeteiligten, vor allem Hitlers, lies die Zwangsaussiedlung von Minderheiten, nach dem Sieg über die Achsenmächte, als berechtigtes Mittel einer geopolitischen Neuordnung Europas erscheinen.

### 3.1 Pläne und Entscheidungen der Alliierten während des Krieges über die Nachkriegsgrenzen Deutschlands und zur Massenvertreibung von Deutschen und Volksdeutschen aus Mittel- und Osteuropa

Wie von Arnold Suppan angemerkt, wurde bereits Ende 1939 »der vom bekannten Historiker Arnold Toynbee geleitete *Foreign Research and Press Service* vom *Foreign Office* beauftragt, ein Gutachten über die Stabilisierung Nachkriegseuropas durch Bildung übernationaler Föderationen in Mittel- und Südosteuropa zu erstellen« (Suppan 2013, 1374). In diesem Zusammenhang wurde auch Edvard Beneš, Präsident der Londoner tsche-

choslowakischen Exilregierung, aufgefordert, seinen Plan zur Lösung des Problems der sudetendeutschen Minderheit vorzulegen. Die erste Fassung des Gutachtens erschien im Mai 1940 und sein zentraler Teil trug die programmatische Überschrift *Transfer as a Contribution to Peace* und schlug eine Kombination von Gebietsabtretungen, Bevölkerungstransfer und Flucht vor (ebd.). Die von Churchill und Roosevelt am 12. August 1941 unterschriebene Atlantik-Charta, in der auf territoriale Veränderungen, die nicht den expliziten Willen der betroffenen Völker respektierten, verzichtet wurde, sollte aber vorerst für kurze Zeit unter den westlichen Alliierten eventuelle Pläne zum Bevölkerungstransfer verschieben.

Die Eskalierung des Krieges zu einem totalen Krieg veranlasste jedoch die Briten dazu, die Möglichkeit von Vertreibungen zu überdenken und verschiedene Aspekte ihrer Umsetzung in Erwägung zu ziehen. So wurde im Februar 1942 eine erste Studie vom privaten Thinktank des *Foreign Office*, dem schon erwähnten *Foreign Research and Press Service* (später *Foreign Office Research Department*), fertiggestellt<sup>2</sup>. Der Bericht lieferte eine klare und realistische Darstellung des Problems, indem unter anderem deutlich gemacht wurde, »dass eine demographische Neugestaltung Europas in dem Ausmaß, über das alliierte Politiker nachdachten, viel größere logistische Herausforderungen bringen würde, als von irgendjemandem bis dahin angenommen« (Douglas 2012, 99–100; vgl. auch Suppan 2013, 1375).

Als die Großen Drei 1942–43 sich entschieden, die Massenvertreibung von Volksdeutschen aus Mitteleuropa tatsächlich voranzutreiben, sollten nun die praktischen Aspekte einer solchen Maßnahme untersucht werden. Doch erst im November 1943 beschloss die britische Regierung, eine *ad hoc* gegründete interministerielle Kommission, das *Interdepartmental Committee on the Transfer of German Populations*, mit einer solchen Untersuchung zu beauftragen (vgl. Brandes 2000, 135; Cattaruzza 2001, 76; Suppan 2013, 1376 f.). Gleichzeitig gelang es Stalin auf der Konferenz von Teheran (28. November bis 1. Dezember 1943), – obwohl die Westmächte in den Monaten davor noch keine feste Entscheidung über Deutschlands Nachkriegsgrenzen getroffen hatten – gegenüber Churchill und Roosevelt die Forderung durchzusetzen, dass die Sowjetunion die 1939 eroberten ostpolnischen Gebiete behalten könne und Polen als Ausgleich für den Verlust im Westen ein gleich großes Stück östlichen deutschen Territoriums bekommen würde (ebd., 1377). Die tschechoslowakische Exilregierung hatte ihrerseits schon

2 Foreign Research and Press Service: The Transfer of German Populations (With Notes of the Relevant Evidence from Previous Exchanges and Transfers). 3.2.1942.

im Sommer 1943 von den Großmächten die Zusage bekommen, nach dem Krieg die Sudetendeutschen aus dem Land zu vertreiben. Im Mai 1944 legte die Kommission dem Ausschuss für Waffenstillstands- und Nachkriegsfragen (*Armistice and Post-War Committee*, APW) ihren 51seitigen Bericht vor<sup>3</sup>. Wie Douglas hervorhebt, war der Bericht in einer Situation entstanden, »in der die Vertreibungen, die er skizzieren sollte, sich durch politische Entscheidungen auf höchster Ebene fast jeden Tag ausweiteten« (Douglas 2012, 102). Die Kommission kam zu der Schlusseinschätzung, dass »im schlimmsten Fall« insgesamt 10,14 Millionen Deutsche und Deutschsprachige umgesiedelt werden müssten und dass als Aufnahmeland nur Deutschland (in geringerem Maße Österreich) in Frage kommen würde: weder Großbritannien noch die USA waren bereit, eine größere Zahl von Deutschen aufzunehmen (vgl. Douglas 2012, 102–103; Suppan 2013, 1377). Der Bericht bot zahlreiche Empfehlungen und Überlegungen über die Art und Weise der möglichen Durchführung der Zwangsausiedlungen der Ostdeutschen und Volksdeutschen, sowie über ihre konkreten sozialen, ökonomischen und geopolitischen Auswirkungen. Der Bericht wurde aber von den Politikern, die ihn in Auftrag gegeben hatten, als zu düster empfunden und niemand im britischen Kabinett hatte vor, ihn zu unterstützen. Obwohl »einige Prämissen und Schlussfolgerungen der Kommission zu optimistisch ausgefallen waren – vor allem die Zahl der umzusiedelnden Sudetendeutschen –, war die Reaktion des APW eher von Ärger und Unglaube gekennzeichnet (ebd.). Der Vorsitzende des APW und stellvertretende Premierminister Clement Attlee hatte sich schon ein Jahr davor folgendermaßen geäußert:

Das Kriterium, das in diesen Angelegenheiten richtigerweise angewandt werden sollte, ist meiner Auffassung nach nicht, wie schwer eine bestimmte Handlungsweise Deutschland belasten würde, sondern wie weit wir unsere Ziele in Deutschland vorantreiben können, ohne uns selbst zu behindern oder zu schaden. [...] Alles, was den Deutschen die Vollständigkeit und Unwideruflichkeit ihrer Niederlage vor Augen führt, ist letztlich von Nutzen<sup>4</sup> (Douglas 2012, 107).

Man zog nun vor, die »unangenehmen Fakten«, auf die der Bericht hingewiesen hatte, zu ignorieren, um ins Wunschdenken zu flüchten, »das Problem werde sich entweder von selbst lösen oder von anderen gelöst werden«. Beispielhaft für diese ignorante optimistische Haltung waren Ende Januar

---

3 »Report of the Inter-Departmental Committee on the Transfer of German Populations«. A. P. W. (44) 34. 12.5.1945.

4 Attlee, Clement R.: »Post-War Settlement – Policy in Respect of Germany«. 19.7.1943.

1945 die Äußerungen von Arnold Toynbee, dem Direktor des *Royal Institute of International Affairs*, der selbst am 8. März 1944 ein Memorandum mit dem Titel *Minority transfer in South Eastern Europe* vorgelegt hatte (Suppan 2013, 1377 f.):

Es sieht so aus, als könne die Räumung der Gebiete östlich der Linie von Oder und westlicher Neiße durch die gesamte deutsche Zivilbevölkerung bis zum Ende der Kampfhandlungen ein *fait accompli* sein. [...] Die Frage wird danach nicht mehr sein, ob eine bis dahin unangetastete deutsche Bevölkerung kaltblütig entwurzelt wird, sondern ob eine bereits entwurzelte und ins deutsche Nachkriegsgebiet verbrachte deutsche Bevölkerung erneut transportiert und in ihre früheren Gebiete zurückgebracht wird (Douglas 2012, 108).

Offiziell vertrat die britische Regierung bis Dezember 1944 die Position, vor der Friedenskonferenz könne keine Diskussion über Grenzveränderungen oder Umsiedlungen stattfinden. Noch im August 1944 hatte der britische Außenminister Anthony Eden es »verfrüht« genannt, solche Dinge auch nur zu diskutieren, als mehrere Abgeordnete ihn aufforderten, den Gerüchten entgegenzutreten, England werde nach dem Krieg große Vertreibungen aus Polen und der Tschechoslowakei akzeptieren. Andererseits lies die britische Regierung Washington kein Exemplar des Berichts der Forschungskommission zukommen, wegen der Befürchtung, »wenn die Roosevelt-Regierung von den Schwierigkeiten des Plans erfahre, könne sie die Idee von Bevölkerungstransfers völlig aufgeben«. Man entschied sich also letztendlich das Dokument vorerst, bis Januar 1945, zu den Akten zu legen und keine seiner Empfehlungen umzusetzen (ebd., 108, 111, 113).

Erst auf der Moskauer Konferenz im Oktober 1944 wurde aber Churchill und den Westalliierten endgültig klar, dass sie von Stalin in Mitteleuropa vor vollendete Tatsachen gestellt werden könnten – einschließlich der Westverschiebung Polens, der Umsiedlung aller Polen aus den Gebieten östlich des Bugs und der Curzon-Linie, der Vertreibung aller Deutschen aus allen Ostgebieten« (Suppan 2013, 1379; vgl. auch Brandes 2000, 133–137). Wie Douglas hervorhebt, »obwohl der Premierminister [Churchill] weder unwissend noch gleichgültig gegenüber den Problemen war, die ein großer Bevölkerungstransfer mit sich bringen konnte, waren sie weniger wichtig, als die Verhinderung eines neuen Antagonismus Ost und West«. Sowohl für Großbritannien als auch für die USA war es eine Priorität, die Allianz der Großen Drei nach dem Krieg aufrecht zu erhalten (Douglas 2012, 112, 115).

Im letzten Kriegsjahr waren sich also nicht nur die NS-Geopolitiker, die tschechoslowakische Exilregierung und die Führung des tschechischen Widerstandes, sondern auch die Kriegsbündeligen in London, Washington und Moskau darin einig, dass nach dem Krieg die Schaffung von »nationalen Siedlungsräumen« die Minderheitenprobleme in Ost- und Südosteuropa lösen sollte, d. h. die alleinige Vereinnahmung von staatlichen Territorien durch einzelne »ethnische« Gruppen. Die 1919/20 gezogenen Grenzen sollten im Wesentlichen intakt bleiben – die einzige größere Ausnahme war die »Westverschiebung« Polens –, die Minderheiten mussten umziehen (Suppan 2013, 1381).

Man entschied sich also für eine ethnische Homogenisierung der Nationalstaaten Mittel-Osteuropas.

Nur vier Monate nach Edens Aussage, hielt Churchill am 15. Dezember 1944 im britischen Unterhaus eine Rede über die Zukunft Polens und bekannte sich zur »völligen Vertreibung der Deutschen – aus den Gebieten, die Polen im Westen und Norden gewinnt«:

Es steht den Polen frei, was Russland und Großbritannien betrifft, ihr Gebiet nach Westen auf Kosten Deutschlands auszudehnen. [...] Natürlich würde ein Bevölkerungsaustausch [...] die Folge sein. Die Umsiedlung von mehreren Millionen Menschen müsste vom Osten [Polens] nach dem Westen oder Norden durchgeführt werden, ebenso wie die Vertreibung der Deutschen denn das wurde vorgeschlagen: *völlige Vertreibung der Deutschen – aus den Gebieten, die Polen im Westen und Norden gewinnt. Denn die Vertreibung ist, soweit wir in der Lage sind, es zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel.* Es wird keine Mischung der Bevölkerung geben, wodurch endlose Unannehmlichkeiten entstehen, wie zum Beispiel im Fall von Elsaß-Lothringen. *Reiner Tisch wird gemacht werden.* Mich beunruhigt die Aussicht des Bevölkerungsaustausches ebenso wenig wie die großen Umsiedlungen, die unter den modernen Bedingungen viel leichter möglich sind als je zuvor. Der Bevölkerungsaustausch, der nach dem letzten Kriege zwischen Griechenland und der Türkei stattfand, war in vieler Hinsicht erfolgreich und hat zu freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland geführt (Churchill 2002, 232–233)<sup>5</sup>.

Aus Churchills Rede kommt nun klar hervor, dass Vertreibungen in einem Umfang, der über die bis dahin angenommenen Vorstellungen hinausging, Grundlage der europäischen Nachkriegsordnung sein werden sollten. Mit seinem Ausdruck »*A clean sweep will be made*«, »Reiner Tisch wird gemacht werden«, machte der britische Premierminister deutlich, dass er darin die beste Methode sah, Bevölkerungsvermischungen und Minderheitenfragen ein für alle Mal zu lösen (vgl. Douglas 2012, 113).

---

5 Die Kursivschrift ist von mir eingefügt.

Andererseits wiesen die Westalliierten eine schnelle Anerkennung der tschechoslowakischen Forderungen erstmals zurück. Diesbezüglich sprach sich der »Ausschuss für Nachkriegsprogramme des US State Department« bis ins Frühjahr 1945 zugunsten nur einer vorsichtigen Umsiedlungspolitik aus. Selbst Churchill, trotz seiner oben angeführten Rede im Unterhaus und trotz Drängens von Beneš, wies eine verbindliche Stellungnahme zur Frage des Transfers und der Grenzfestlegung im Wiederaufbau der Tschechoslowakei ab.

Den beißendsten Kommentar zu Churchills Vertreibungsvorstellungen u. -vorschlägen in seiner Dezember-Rede veröffentlichte George Orwell am 2. Februar 1945 in der linken Zeitung »Tribune«:

Das [die Zwangsumsiedlung der deutschen Bevölkerung] entspricht der Umsiedlung der gesamten Bevölkerung Australiens oder der von Schottland und Irland zusammen. Ich bin kein Experte für Transport oder Wohnungswesen und würde gern von jemandem mit mehr Sachverstand eine ungefähre Schätzung hören, a) wie viele Waggon und Lokomotiven wie lange gebraucht würden, um diese sieben Millionen Menschen plus Vieh, Landmaschinen und sonstigen Besitz zu transportieren, oder b) wie viele von ihnen an Hunger und Unterkühlung sterben werden, wenn sie ohne ihr Vieh usw. weggebracht werden.

Ich nehme an, die Antwort auf a) würde zeigen, dass dieses gewaltige Verbrechen gar nicht durchgeführt werden kann, obwohl man es in Gang setzen könnte, wobei Unordnung, Leid und unversöhnlicher Hass entstehen würden. Bis dahin sollte man dem britischen Volk mit so vielen konkreten Einzelheiten wie möglich klarmachen, für welche Maßnahmen ihm seine Staatsmänner die Verantwortung aufbürden« (Orwell 1945; vgl. Douglas 2012, 114).

Als man auf der Konferenz von Jalta (4.–11. Februar 1945) die Frage der Bevölkerungstransfers und der eventuellen Abtretungen deutscher Gebiete an Polen als Ausgleich der östlich der Curzon-Linie von der Sowjetunion besetzten Territorien diskutierte, versuchte Churchill vergeblich den Umfang dieser Abtretungen soweit wie möglich zu reduzieren. Der britische Premierminister machte Stalin klar, er »sei zwar nicht gegen die Aussiedlung sehr großer Zahlen von Deutschen, aber die öffentliche Meinung in England werde die Sache kaum ebenso sehen«. Obwohl es »durchführbar« sei, sechs Millionen Menschen aus Ostpreußen und Schlesien auszusiedeln, sollten jedoch weitere Umsiedlungen »an die polnische Fähigkeiten zur Kolonisierung der geräumten Gebiete gebunden sein« (Douglas 2012, 117). Und er fügte hinzu:

Es wäre aber kaum zweckmäßig, wenn die polnische Gans derart mit deutschem Futter gestopft würde, dass sie an Verdauungsstörungen stirbt (Fischer 1968, 146).

Daraufhin antwortete Stalin mit seiner später wiederholten Lüge, das Problem würde sich bereits von selbst lösen, »denn in den Teilen Deutschlands, die die Rote Armee besetze, gebe es kaum [noch] deutsche Bevölkerung« (ebd., 146–147). Trotz seiner Bedenken widersprach Churchill dieser Behauptung nicht; man konnte sich nun zunächst auf der Konferenz bezüglich der an Polen abzutretenden deutschen Territorien nicht einigen, und die offizielle Erklärung lautete: »dass Polen im Norden und im Westen einen bedeutenden Gebietszuwachs erhalten soll«<sup>6</sup> (ebd., 187–188; vgl. auch Douglas 2012, 117).

Im gleichen Monat des Jalta-Treffens erklärte Clement Attlee, Vorsitzender der Labour Party, dass die beabsichtigten Vertreibungen der Deutschen maßgeblich von den NS-Verbrechen verursacht seien. Da die Deutschen selbst seit Kriegsbeginn »die alten Schranken zerbrochen« hätten, hätten sie jetzt, seiner Meinung nach, nicht das Recht, »an das alte Europa zu appellieren«. Zwar könnten die künftigen »Umsiedlungen« der Deutschen und Volksdeutschen »sehr schmerzlich sein, aber vielleicht sind sie bei weitem besser als ein ewiger Unruheherd von Volksteilen inmitten von Völkern, die sie hassen«<sup>7</sup> (Pimlott 2000, 133; vgl. Naimark 2001, 110).

In der Tat, bevor die Alliierten Projekte zu Umsiedlungen der Deutschen und Volksdeutschen in Betracht nahmen, hatte das NS-Regime mit dem »Generalplan Ost« ein größenwahnsinniges Projekt vorbereitet, das die Tötung und Vertreibung von bis zu 50 Millionen Mittel- und Osteuropäern vorsah, um Platz für deutsche Siedler zu schaffen. In dieser Hinsicht scheint die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten eine der dramatischsten Folgen des von Hitler verursachten Weltkriegs zu sein. Sudetendeutsche, Schlesier und Ostpreußen mussten daher stellvertretend für Massenmord und Holocaust, für ein barbarisches Besatzungsregime und eine Politik der »verbrannten Erde« büßen (vgl. Langels 2012).

### 3.2 Die Potsdamer Konferenz und die Bestimmung einer »ordnungsgemäßen Überführung deutscher Bevölkerungsteile«

Fünf Monate nach dem Jalta-Treffen, im Sommer 1945, waren sich aber nun die drei Großmächte auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli–2. August) einig darüber, dass die Westverschiebung Polens um etwa 200 Kilometer

---

6 Kommuniké über die Konferenz der Regierungschefs ... auf der Krim. 11.2.1945.

7 Eintragung für den 23. Februar 1945 über ein Treffen Churchills mit Regierungsmitgliedern.

zugunsten der Sowjetunion und zu Lasten Deutschlands und die Neufestlegung der Grenzen in Mitteleuropa mit der Umsiedlung von zehn bis zwölf Millionen Deutschen oder Deutschstämmigen einhergehen sollte. Für Polen wie für die Tschechoslowakei versprach man sich von einem »ethnisch gereinigten Nationalstaat« ein friedliches Nachkriegseuropa.

So heißt es im Artikel XIII der Protokolle der Potsdamer Konferenz, der den Titel »Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile« trug:

Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, *dass die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muss. Sie stimmen darin überein, dass jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll.* Da der Zustrom einer großen Zahl Deutscher nach Deutschland die Lasten vergrößern würde, die bereits auf den Besatzungsbehörden ruhen, halten sie es für wünschenswert, dass der alliierte Kontrollrat in Deutschland zunächst das Problem unter besonderer Berücksichtigung der Frage einer gerechten Verteilung dieser Deutschen auf die einzelnen Besatzungszonen prüfen soll. Sie beauftragen demgemäß ihre jeweiligen Vertreter beim Kontrollrat, ihren Regierungen so bald wie möglich über den Umfang zu berichten, in dem derartige Personen schon aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland gekommen sind, und eine Schätzung über Zeitpunkt und Ausmaß vorzulegen, zu dem die weiteren Überführungen durchgeführt werden könnten, wobei die gegenwärtige Lage in Deutschland zu berücksichtigen ist. Die tschechoslowakische Regierung, die Polnische Provisorische Regierung und der Alliierte Kontrollrat in Ungarn werden gleichzeitig von obigem in Kenntnis gesetzt und ersucht werden, inzwischen weitere Ausweisungen der deutschen Bevölkerung einzustellen, bis die betroffenen Regierungen die Berichte ihrer Vertreter an den Kontrollausschuss geprüft haben<sup>8</sup> (Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin 1945, 19–20).

Douglas weist in seiner Untersuchung zu Recht darauf hin, dass während des Treffens in Potsdam, 25 Kilometer weiter nordöstlich »bereits völlig überfüllte Züge aus den deutschen Gebieten unter polnischer Verwaltung ihre Fracht an Toten, Sterbenden, Kranken und Mittellosen auf die großen Berliner Bahnhöfe« entluden und weitere Hunderttausende »in nicht viel besserer Verfassung« zu Fuß in die Stadt strömten. Gleichzeitig trieben tschechoslowakische Soldaten und Milizen im Süden »ähnliche zerlumpte Kolonnen« deutschsprachiger Bevölkerung über die böhmische und mährische Grenze (Douglas 2012, 119). Es handelte sich um die sogenannten »wilden« Vertreibungen aus Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien,

8 Die Kursivschrift ist von mir eingefügt.

die schon Monate vor der Potsdamer Konferenz begonnen hatten und bis zum Ende der Konferenz, Anfang August, andauern sollten, als die Alliierten offiziell beschlossen, wie oben im Artikel XIII angeführt, die »Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben« sei nun in »ordnungsgemäßer und humaner Weise« durchzuführen. Besorgt über den dramatischen Verlauf dieser Vertreibungen und ihre leidvollen Auswirkungen, beschwerte sich Churchill bei einer Plenarsitzung in Potsdam mit den anderen Staatschefs am 21. Juli darüber, dass, wenn man Polens Anspruch an Oder und westlicher Neiße anerkennen würde, die Zahl von Deutschen in einem stark verkleinerten Deutschland viel zu groß ausfallen würde. »Bis zu neun Millionen Deutsche müssten dann ausgesiedelt werden, um Platz für weniger als die Hälfte von Menschen aus den ehemals ostpolnischen Gebieten zu machen« (ebd.). Diesbezüglich fragte der neue US-Präsident Harry S. Truman in Potsdam »wo man denn 9 Millionen zur Vertreibung vorgesehene Deutsche unterbringen solle«. Auf Churchills und Trumans Bedenken antwortete Stalin mit seiner schon in Jalta angeführten ungläubigen Behauptung, »es sei kein einziger Deutscher in dem Gebiet zurückgeblieben, das Polen gegeben werden solle«, alle Deutschen seien also aus den östlichen Territorien bereits geflüchtet (ebd.; siehe auch Suppan 2013, 1381). Darauf antwortete aber Churchill:

Wenn es zutrefte, dass die Deutschen weggelaufen seien, so sollten sie ermutigt werden, zurückzukehren. Polen, das den Großmächten alles verdanke, habe kein Recht, eine Katastrophe herbeizuführen. [...] Wir wollten nicht mit einer deutschen Bevölkerung belastet sein, die der Quellen ihrer Nahrungsmittelversorgung beraubt sei. [...] Wenn keine Nahrungsmittel beschafft werden könnten, dann werde man möglicherweise Verhältnissen gegenüberstehen, die denen in den deutschen Konzentrationslagern glichen, nur in einem noch viel größeren Umfang<sup>9</sup> (Die Konferenz von Potsdam, 1992, 1414).

Obwohl Churchills Behauptungen sehr einleuchtend erscheinen, waren sie nicht weniger erleuchtend, als die Äußerungen der interministeriellen Kommission ein Jahr zuvor, die Churchills Minister bedenkenlos ignoriert hatten. Es sei schwer einzusehen, meint Douglas, »zu welchem Zweck er sie [diese Argumente] nun ansprach, außer um eine Gelegenheit zu haben, die Verantwortung für eine Politik abzustreiten, die er selbst fast zwei Jahre lang vertreten hatte« (Douglas 2012, 120). Umso ungläubiger erscheint folgendermaßen die im Artikel XIII erwähnte Erklärung der Alliierten, Vertreibungen sollten »ordnungsgemäß und human« sein, da die beteiligten

---

9 Protokoll der 5. Vollsession. Potsdam, 21.7.1945.

Regierungen schon verzichtet hatten, entsprechende logistische Vorbereitungen zu unternehmen. Eine solche Vorstellung deutet daher »entweder auf Zynismus oder auf Selbsttäuschung von atemberaubendem Ausmaß hin«. Wiederum hätte selbst eine eventuelle Entscheidung der Alliierten, im Sommer 1945 eine internationale Umsiedlungskommission zu bilden, sich als eine zu späte Maßnahme erwiesen, eine humanitäre Krise zu verhindern (ebd., 121–122).

Andererseits wurde der Appell des Potsdamer Abkommens, weitere Ausweisungen der deutschen Bevölkerung vorläufig einzustellen, um den Alliierten die Möglichkeit zu geben, die schwierigen logistischen Probleme der Aufnahme, Verteilung und Unterbringung einer derart enormen Masse von Vertriebenen und Flüchtlingen in den jeweiligen Besatzungszonen präventiv anzugehen, von den meisten Vertreibungsländern schlechthin ignoriert. Deshalb dauerten die »wilden Vertreibungen« in vielen Fällen bis zum Jahresende an, wobei sich die Lage ihrer Opfer weiter verschlechterte. Der euphemistische Begriff »ordnungsgemäße Überführung« verbarg nun die tragische Realität unzähliger Gräueltaten, die weiterhin an der deutschen und deutschsprachigen Bevölkerung im neuen polnischen Staat und in der Tschechoslowakei verübt wurden. Hier waren Deutsche und Volksdeutsche täglich Misshandlungen, Vergewaltigungen, Hunger, Krankheit und Gesetzlosigkeit ausgesetzt. Dazu gehörten in einigen Fällen willkürliche Erschießungen und Erschlagungen (Kulturstiftung der Dt. Vertriebenen 1989, 35; vgl. auch Kossert 2008, 39). Am Eingangstor des für die volksdeutschen Vertriebenen vorgesehenen tschechischen Internierungslager Linzer Vorstadt stand anstelle des SS-Mottos »Arbeit macht frei« der Bibelvers »Auge um Auge, Zahn um Zahn« (Douglas 2012, 169).

Am 23. Oktober 1945, als nun die »geregelten und ordnungsgemäßen« Vertreibungen von den Teilnehmern der Potsdamer Konferenz seit einigen Monaten offiziell genehmigt worden waren, erschien im Londoner »The Times« ein Brief vom britischen Philosoph und Mathematiker Bertrand Russell, der damals eine der schärfsten Kritiken und Verurteilungen der Vertreibungspolitik der Alliierten gegen die Ostdeutschen aussprach:

In Osteuropa werden jetzt Massendeportationen von unseren Alliierten durchgeführt in einem beispiellosen Rahmen, und ein offensichtlich vorsätzlicher Versuch wird unternommen, viele Millionen Deutsche auszurotteten, nicht durch Gas, sondern indem man ihnen ihre Häuser und Nahrung wegnimmt, um sie einen langsamen quälenden Hungertod sterben zu lassen. Das wird nicht gemacht als ein Akt des Krieges, sondern als Teil einer vorsätzlichen »Friedens«-Politik. [...] Sind Massendeportationen Verbrechen, wenn sie während des Krieges von unseren

Feinden begangen werden, und gerechtfertigte Maßnahmen sozialer Regulierung, wenn sie durch unsere Alliierten in Friedenszeiten durchgeführt werden? Ist es humaner, alte Frauen und Kinder herauszuholen und in der Ferne sterben zu lassen, als Juden in Gaskammern zu ersticken? (Russell 1945; vgl. Kossert 2008, 38–39).

Russells kritikvoller und provokativer Vergleich ließ das Ausmaß an Leid und Verlusten deutlich werden, das weiterhin die auch nach Potsdam andauernden völlig ungeordneten Vertreibungen, durch offensichtliche Verachtung humanitärer Prinzipien, kennzeichnete. Die Schuld an diesem dramatischen Zustand versuchten die Briten und Amerikaner allein den Vertreibungsländern und der Sowjetunion zuzuschieben. Es ist unbestreitbar, dass die Hauptverantwortung für die gravierenden Menschenrechtsverletzungen während der sogenannten »wilden«, dennoch organisierten Vertreibungen aus Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien, bei den führenden Exil-, Widerstands- und Nachkriegspolitikern der ostmitteleuropäischen Staaten lag (Suppan 2013, 1382). Wie Norman Naimark hervorhebt, benutzten Tschechen und Polen:

den Deckmantel des Krieges und den Übergang vom Krieg zum Frieden, um die Deutschen aus ihren Ländern zu vertreiben und alte Rechnungen zu begleichen. [...] Nationalistische Gefühle und der verständliche Wunsch nach Rache durchdrangen die polnische und tschechische Bevölkerung, als sie es ihren deutschen Unterdrückern gewaltsam heimzahlen konnten. [...] Den Anstoß zur Eskalation des Nationalismus hatten die Nationalsozialisten gegeben, daher könnte man in gewisser Hinsicht sagen, die Deutschen hätten geerntet, was sie gesät hatten (Naimark 2004, 172).

Doch ist es gleichen falls kaum zu bestreiten, wie von Douglas verdeutlicht, dass die westlichen Demokratien eine nicht unbedeutende Mitverantwortung trugen für die dramatischen Auswirkungen der Vertreibungen der Deutschen und deutschsprachigen Minderheiten aus Ost- und Mitteleuropa, die vor ihren Augen verliefen.

Über einen Zeitraum von drei Jahren hatten sie den einstimmigen Rat von Experten, die sehr genau die Folgen ihrer Politik vorhersagten, nicht nur ignoriert, sondern bewusst und nach reiflicher Überlegung abgelehnt. Sie hatten sich bewusst für einen Kurs entschieden, der mehr statt weniger Leid verursachen würde, um das hervorzubringen, was sie als »erzieherische« Wirkung ansahen. [...] Sie hatten ihre Verbündeten zu Handlungen ermutigt und ihre Mitarbeit dabei versprochen, die sie bei ihren Feinden später als Kriegsverbrechen anklagten (Douglas 2012, 122).

#### 4 Die Kritik und die Anklagen der CAME-Appelle

Die Mitverantwortung der westlichen Alliierten für die dramatischen Auswirkungen der Vertreibungen von Deutschen und Volksdeutschen in den letzten Kriegsmonaten und in der unmittelbaren Nachkriegszeit ist gerade auch eine der zahlreichen Kritiken, die 1947 in den CAME-Appellen wiederholt hervorkommt.

In seinen beiden Aufrufen verurteilte das »Komitee gegen Massenausweisungen« entschieden die offenen systematischen Verletzungen der Menschenrechte – deren Verteidigung und Unangreifbarkeit unter anderem in Wilsons 14 Punkten verkündet worden waren – und die Verachtung der in der Atlantik-Charta verankerten Prinzipien, die in Mittel- und Südosteuropa, insbesondere in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, aber auch in Rumänien und Jugoslawien, zu Lasten der Ostdeutschen und der deutschsprachigen Minderheiten vorkamen. Es wurde betont, dass diese Verletzungen mit Unterstützung der Sowjetunion, aber vor allem mit der stillschweigenden Billigung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens stattfanden, obwohl diese Länder den soeben beendeten Krieg eigentlich im Namen der Verteidigung der Grundsätze der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker, des Schutzes der Menschenrechte und der Bekräftigung des Friedens geführt hatten.

Die mehr als drei Millionen Mitglieder der deutschsprechenden Minderheiten in Osteuropa sind wahrhaft zu Menschen ohne Menschenrechte geworden. Und doch war es gerade zum Schutze der Menschenrechte gewesen, dass die Vereinigten Staaten den kostspieligsten Krieg der Geschichte führten. Wir können es uns deshalb nicht leisten, angesichts dieser großen Ungerechtigkeiten still zu bleiben (Komitee gegen Massenvertreibung 1948, 24).

Es wurde betont, dass mit dem Artikel XIII des Potsdamer Abkommens die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjetunion gemeinsam der Entwurzelung von Millionen tschechoslowakischer, polnischer und ungarischer Staatsbürger deutschen Ursprungs zugestimmt hatten und deshalb müsse die Verantwortung für das, was folgte, »in vollem Umfange in gleichen Teilen von diesen drei Regierungen und ihren Nationen getragen werden« (ebd.). Außerdem habe man weder im Potsdamer Abkommen noch in irgendeinem anderen öffentlichen internationalen Abkommen, an denen die Vereinigten Staaten oder Großbritannien teilgenommen hatten, die deutschen Minderheiten in Jugoslawien und Rumänien (ca. 1,5 Millionen Menschen) und die 350.000 Einwohnern der Freien Stadt Danzig,

die zu jener Zeit nach internationalem Recht weder polnische noch deutsche Staatsbürger waren, erwähnt. Wenn daher die Verantwortung für das Schicksal dieser Menschen in erster Linie bei der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten in Osteuropa liege, haben aber »die britische und die amerikanische Regierung durch ihr Stillschweigen ihre stillschweigende Zustimmung gegeben« (ebd.).

Es ist eine Tatsache, dass zur Zeit der Potsdamer Konferenz die Politik der Austreibung, Versklavung und Ausrottung dieser Minderheiten – insgesamt 6,25 Millionen menschlicher Wesen – bereits in vollem Zuge war und dass von keiner Regierung der Versuch gemacht wurde, ihr Einhalt zu gebieten. *Die Vertreter der zwei Westmächte hingen nur ein Feigenblatt über dieses schmutzige Geschäft, in dem sie vorsahen, dass die Austreibungen »ordnungsgemäß und human« sein sollten.* Sie hätten wissen müssen, dass ohne einen wirksamen Kontrollmechanismus diese Vorkehrung nur ein toter Buchstabe bleiben würde, ganz abgesehen davon, dass die Austreibung von Menschen aus ihrer rechtmäßigen Heimat an sich schon eine unmenschliche Handlung ist<sup>10</sup> (ebd.).

Mit großer Besorgnis wurde auch davor gewarnt, dass die Vertreibung der Ostdeutschen die Demokratisierung Deutschlands, die sich die Westalliierten als Ziel gesetzt hatten, stark beeinträchtigen würde.

Angesichts der Vertreibung der gesamten eingessessenen Bevölkerung Ostdeutschlands sind wir der Ansicht, dass unser verkündetes Ziel, der demokratische Wiederaufbau Deutschlands, unmöglich sein wird, während Millionen von Flüchtlingen eine bereits niedergebrochene und zerfetzte Wirtschaft belasten und dadurch den verbündeten Besatzungsmächten sowie dem amerikanischen und britischen Steuerzahler eine unerträgliche Last auferlegen (ebd., 6).

Die Vertreibungen würden daher sowohl wirtschaftlich als auch politisch auch auf Kosten der amerikanischen Bevölkerung gehen.

Es ist das Recht und die Pflicht der Amerikaner, Protest zu erheben, denn die wirtschaftlichen und politischen Folgen der Deportationen fallen zum Teil auf das amerikanische Volk zurück. Die zusätzlichen Kosten für Nahrungsmittel und andere Dinge, der UNRRA-Hilfe, die durch die Zerstörung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion in einigen der reichsten Gebieten Europas verursacht worden sind, haben den Verlust von hunderten von Millionen Dollar nach sich gezogen, außer den viel schrecklicheren Verlusten an Gesundheit, Glück und menschlichem Leben (ebd.).

Die CAME Aufrufe kritisierten auch das Verhalten der sogenannten Lubliner »Marionettenregierung«, die von Stalin anstelle der Londoner polnischen Exilregierung im Januar 1945 als polnische Provisorische Regierung

---

10 Die Kursivschrift ist von mir eingefügt.

anerkannt wurde. Diese habe in Wirklichkeit völlig willkürlich mit Zustimmung der Sowjetunion ostdeutsche Gebiete annektiert, die ihr bis zu den Beschlüssen der Friedenskonferenz über die endgültige geopolitische Ordnung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg vorerst in »vorübergehender« Verwaltung zugewiesen worden waren. Diese Konferenz hatte aber zur Zeit der CAME-Appelle von 1947 noch nicht stattgefunden, und wie wir wissen, wurde sie auch in den folgenden Jahren wegen der Verschlechterung und des anschließenden endgültigen Bruchs der Beziehungen zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion nicht mehr organisiert. Bekanntlich fand sie erst 1990, 45 Jahre nach Kriegsende, statt und führte zur deutschen Wiedervereinigung.

Die CAME Aktivisten warnten davor, dass sich Polen mit der Änderung der Grenzen und der Aneignung der ostdeutschen Gebiete in einen Zustand der Unterwerfung unter den sowjetischen Verbündeten begeben würde.

Wir fürchten, dass die Marionetten-Regierung Polens, eines Landes, das durch seinen heroischen Widerstand die Achtung und die Sympathie der ganzen Welt gewonnen hat, Polen schweren Schaden zugefügt hat durch Stellung übertriebener Ansprüche nach Land im Westen und durch Vertreibung der Bevölkerung von Provinzen, deren Schicksal noch nicht endgültig von den Alliierten entschieden worden ist. Durch diese Handlungsweise hat die gegenwärtige polnische Regierung Gebiete gewonnen, die zu verdauen und zu entwickeln sie nicht die Kraft hat. Dadurch hat sie eine neue Schranke des Hasses zwischen Deutschland und Polen aufgerichtet, die, wenn das Übel nicht behoben wird, Polen in eine dauernde Abhängigkeit von Sowjet-Russland hineinzingen wird (ebd., 6).

Diesbezüglich wurde der Witz zitiert, der damals unter der Bevölkerung Warschaws verbreitet war: »Polen ist das größte Land der Welt. Seine Grenzen liegen an der Oder und Neiß. Seine Hauptstadt ist in Moskau und seine Bevölkerung in Sibirien«. Die Polen würden daher nicht die Herren von Warschau sein, argumentierte das CAME Dokument, solange sie weiterhin Stettin und Breslau besetzt halten (ebd., 17).

Die Unterzeichner der CAME-Appelle teilten außerdem nur teilweise die Erklärung der Gewalttaten der Vertreibungsländer als pure Racheakten ihrer Bevölkerungen. Die wahre Ursache der Gewaltexplosionen wurde nicht nur auf die emotionale Welle der Bevölkerung zurückgeführt, die begierig darauf war, die während der Nazi-Besatzung erlittene Behandlung zu rächen, sondern auch auf eine bewusste und kalkulierte Strategie der lokalen Regierungen Osteuropas, die das uralte Problem der Minderheiten auf brutalste Weise zu lösen versuchten, durch ihre Beseitigung und eine Politik der ethnischen Homogenisierung:

Das abscheuliche Auftreten der Gestapo und der SS in besetzten oder sogar mit der Achse verbündeten Ländern schuf natürlich sehr natürliche Gefühle des Hasses und der Rache unter den unterdrückten Völkern – Gefühle, die am Tage des Zusammenbruchs der Nazimacht zu Gewaltakten führen mussten. Aber die Gewaltakte, die an diesen Minderheiten verübt wurden, waren nur in geringem Umfang Handlungen aus Leidenschaft; meistens waren es kalt auskalkulierte Maßnahmen der osteuropäischen Regierungen, die auf die wirtschaftliche, politische, kulturelle und physische Vernichtung dieser Gruppen als Ganzes abzielten. [...] [Die Darstellung der Ereignisse würde nun beweisen], dass die Austreibung von Bevölkerungsteilen fast immer zu anderen Verbrechen führt und im Völkermord endet. Wer also sich für in großem Rahmen durchgeführte Bevölkerungsüberführungen einsetzt, ist so automatisch ein Fürsprecher der Ausrottung von großen Volksmassen (ebd., 24).

Durch Berichte und Zeugenaussagen, die vom Roten Kreuz gesammelt wurden, oder durch direkte Kontakte, die in den Besatzungszonen geknüpft wurden, prangerten die CAME-Appelle die Gewalt und Misshandlungen gegen die Deutschen und deutschsprachigen Minderheiten in den Ausweisungsländern, vor allem in Polen und in der Tschechoslowakei, aber auch in Rumänien und Jugoslawien, scharf an: Vergewaltigung, Plünderungen, Inhaftierung in Konzentrationslagern, Deportation in die Sowjetunion zur Zwangsarbeit von jungen Frauen und Männern, die aus ihren Familien gerissen wurden, Folter und unrechtmäßige und willkürliche Hinrichtungen (ebd., 18–21). Mit Bezug auf Artikel, die die bekannte Auslandskorrespondentin und Pulitzer-Preisträgerin Anne O'Hare McCormick zwischen Oktober und November 1946 in der »New York Times« veröffentlicht hatte, wurden daher die damaligen Geschehnisse gegen die deutsche und deutschsprachige Bevölkerung Ost- und Südosteuropas mit dem Begriff eines regelrechten »*Verbrechens gegen die Menschlichkeit*« bezeichnet:

Der Umfang dieser Rücksiedlungen und die Umstände, unter denen sie stattfinden, sind ohne Beispiel in der Geschichte. Niemand, der ihre Grauenhaftigkeit aus der Nähe beobachtet, kann daran zweifeln, dass sie Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind, die die Geschichte in schrecklicher Weise vergelten wird (O'Hare McCormick 1946; vgl. Komitee gegen Massenvertreibung 1948, 6).

Es wurden auch Fälle angeführt, in denen die Deutschen die Rote Armee gegen die Gewaltexzesse um Hilfe gebeten hatten, die sie vor allem durch die polnische Bevölkerung und ihre jeweiligen Milizen erlitten hatten (ebd., 20). Länder wie Polen oder die Tschechoslowakei, betont das CAME-Dokument, hätten gegen die deutschsprachige Bevölkerung im Wesentlichen die gleiche kriminelle Strategie verübt, die die Nazis einst meist gegen die slawische Bevölkerung in den besetzten Gebieten angewandt hatten, ohne

unbewaffnete Zivilisten wie Frauen, Kinder und ältere Menschen zu verschonen. Es wurde diesbezüglich auf einige der Anklagen gegen die Hauptkriegsverbrecher des Dritten Reiches bei den Nürnberger Prozessen hingewiesen, in dem die Vorwürfe der Massendepортationen und Ausbürgerungen erwähnt wurden, die die Nazis gegen die slawische Bevölkerung in den besetzten Staaten durchgeführt hatten. Die selben Anschuldigungen, so der CAME-Appell, hätte man nun in jener Zeit gleichermaßen gegen die einstigen Ankläger, eben der Nürnberger Prozesse, richten können, indem man den Verweis auf die Slawen durch den auf die Deutschen ersetzen würde

Wenn wir »slawisch« für »deutsch« und »Millionen« für »Tausende« setzen, so haben wir eine genaue Beschreibung dessen, was heute unter dem Schutz der Alliierten in Osteuropa vorgeht. Es ist undenkbar, dass die Regierung der Vereinigten Staaten sich zu einer Politik bekennt, für die unter amerikanischer Mitwirkung die Nazi-Führer angeklagt und unter amerikanischem Schutz gehängt worden sind (ebd., 22).

Als Beispiel für die internationale Mobilisierung gegen diese sehr dramatischen Ereignisse und gegen die Unterstützung durch die Siegermächte wurde unter anderem die Erklärung und Position der amerikanischen katholischen Bischöfe vom 16. November 1946 in Washington angeführt, in der eben auch die indirekte Duldung verurteilt wurde, die Demokratien, wie die Vereinigten Staaten, gegenüber der Politik der Zwangsumsiedlungen der Deutschen gezeigt hätten, mit dem Auftreten abscheulicher Verbrechen, die die USA einst entschieden bekämpft hatten. Die Erklärung endete mit folgender Betrachtung:

Wir rühmen uns unserer Demokratie, aber bei dieser Verpflanzung von Völkern haben wir uns vielleicht, ohne es zu wissen, durch die Herdentheorie herzloser totalitärer politischer Philosophie beeinflussen lassen (ebd., 22).

#### 4.1 Dänemark und Italien als Musterbeispiele für eine alternative Lösung der Minderheitenfrage

In der ersten der beiden CAME-Anklagen wurden jedoch der Wert und die Rechtmäßigkeit selbst des Einsatzes von erzwungenen Bevölkerungstransfers als Instrument der modernen internationalen Politik zur Lösung der Probleme von Minderheiten ausdrücklich bestritten. Die Vertreibungspraxis habe offen, so die Autoren des Dokuments, gegen das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker verstoßen, das in vielen Fällen bei der geopolitischen Neudefinition Europas sogar auch nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Vertrag von Versailles respektiert wurde, als die Bevölkerungen einiger

Grenzregionen durch Volksabstimmungen ihren Willen zu möglichen Änderungen der Grenzen äußern durften.

Als Gegenbeispiel der unmenschlichen Praxis der Zwangsumsiedlung von Minderheiten, die die Staaten Mittel- und Osteuropas unterschiedslos verübten, wurde die von einem »christlich-demokratischen« Geist geprägte Haltung Dänemarks und Italiens entgegengesetzt (ebd., 12–13). Es wurde betont, dass, obwohl es Opfer der militärischen Aggression der Nazis geworden war, Dänemark weiterhin 200.000 deutsche Flüchtlinge aus Ostpreußen aufgenommen hat, ohne sie über die Grenze zu vertreiben, im Bewusstsein der starken Aufnahmeschwierigkeiten, die zu dieser Zeit das besetzte Deutschland charakterisierten (ebd., 12). Als beispielhaft wurde zudem die Politik Italiens gegenüber der deutschsprachigen Minderheit der Südtiroler angeführt. Durch eine Reihe von Abkommen mit dem einst »verhassten« Österreich hatte die italienische Regierung die italienisch-österreichischen Grenzen vor der Nazizeit beibehalten und die Rückführung der Südtiroler nach Italien ermöglicht, die während des Krieges für das Deutsche Reich optiert hatten. Italien habe sich also dafür entschieden, die Rechte der Südtiroler Minderheit anzuerkennen und ihr praktisch die Selbstverwaltung gewährt und somit bewiesen, »dass aufgeklärtes und zivilisatorisches Verhalten in internationalen Angelegenheiten in Europa noch nicht ausgestorben ist« (ebd., 13). Länder wie Dänemark und Italien hätten daher der Welt mit ihren Maßnahmen zum Schutz und zur Achtung ihrer jeweiligen deutschsprachigen Bevölkerung in ihren Grenzgebieten gezeigt und bewiesen, dass die Frage der Minderheiten in den Ländern nicht durch ihre Vertreibung oder Zwangsassimilation gelöst werden könne, sondern durch ihre Verteidigung und Integration unter Respektierung ihrer Rechte.

Die Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten hätten daher nach Ansicht der Unterzeichner der CAME-Appelle darauf hinarbeiten müssen, den Ländern Mittel- und Osteuropas mit geeigneten Maßnahmen des wirtschaftlichen Drucks genau diese Art des Schutzes von Minderheiten aufzuzwingen (ebd., 28), um auf diese Weise die Politik der Massenvertreibungen zu stoppen, die die CAME-Aktivisten nahezu mit einem regelrechten Völkermord verglichen hatten.

## Literaturverzeichnis

- Ahonen, Pertti/Corni, Gustavo/Kochanowski, Jerzy/Schulze, Rainer/Stark, Tamás/Stelzl-Marx, Barbara (2008): *People on the Move: Forced Population Movements in Europe in the Second World War and its Aftermath*. Oxford.
- Bade, Klaus (2000): *Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. München.
- Ballinger, Pamela (2013): *Impossible Returns, Enduring Legacies: Recent Historiography of Displacement and the Reconstruction of Europe after World War II*. In: *Contemporary European History*. 22 (2013), 1, 127–138.
- Beer, Mathias (2011): *Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen*. München.
- Benz, Wolfgang (Hg.) (1985): *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen*. Frankfurt am Main.
- Bingen, Dieter/Borodziej, Włodzimierz/Troebst, Stefan (Hgg.) (2004): *Vertreibungen europäisch erinnern? Historische Erfahrungen – Vergangenheitspolitik – Zukunftskonzeptionen*. Wiesbaden.
- Brandes, Detlef (2000): *Lo sviluppo dei progetti di annessione ed espulsione del governo in esilio e della Resistenza polacca: 1939–1945*. In: Cattaruzza, Marina/Dogo, Marco/Pupo, Raoul (Hgg.): *Esodi Trasferimenti forzati di popolazione nel novecento europeo*. Neapel.
- Brandes, Detlef (2005): *Der Weg zur Vertreibung 1938–1945: Pläne und Entscheidungen zum »Transfer« der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen*. München.
- Brandes, Detlef/Sundhassen, Holm/Troebst, Stefan u. a. (Hgg.) (2010): *Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts*. Köln u. a.
- Burk, Henning/Fehse, Erika/Krauss, Marita/Sprörer, Susanne/Wolter, Gudrun (2011): *Fremde Heimat – das Schicksal der Vertriebenen nach 1945*. Berlin.
- CAME (Committee Against Mass Expulsion) (1947a): *The land of the dead: study of the deportations from eastern Germany (with an introduction signed by Roger N. Baldwin, Alfred Bingham, William Henry Chamberlin, George S. Counts, John Dewey, Christopher Emmet, Varian Fry, Dean Christian Gauss, Arthur Garfield Hays, John Haynes Holmes, H. V. Kaltenborn, The Rev. John La Farge, Francis Neilson, Eustace Seligman, George N. Shuster, Norman Thomas, Dorothy Thompson, Oscar Garrison Villard, Robert J. Watt)*. New York.
- CAME (Committee Against Mass Expulsion) (1947b): *Men without the rights of man: a report on the expulsion and extermination of the German speaking minority groups in the Balkans and prewar Poland*. New York.
- Cattaruzza, Marina (2001): *Espulsioni di massa di popolazioni nell'Europa del XX secolo*. In: *Rivista storica italiana*. 113, 1, 66–85.
- Cattaruzza, Marina/Dogo, Marco/Pupo, Raoul (Hgg.) (2000): *Esodi Trasferimenti forzati di popolazione nel novecento europeo*. Neapel.

- Churchill, Winston (2002): *Reden in Zeiten des Kriegs*. Ausgewählt, eingeleitet u. erläutert von K. Körner. Hamburg.
- Connor, Ian (2007): *Refugees and Expellees in Post-War Germany*. Manchester.
- Crainz, Guido/Pupo, Raoul/Salvatici, Silvia (Hgg.) (2008): *Naufraghi della pace. Il 1945, i profughi e le memorie divise d'Europa*. Rom.
- D'Onofrio, Andrea (2014a): *I profughi tedeschi nella Germania del secondo dopoguerra*. In: *Passato e presente*. 93, 43–47.
- D'Onofrio, Andrea (2014b): *Fughe, espulsioni e nuova Heimat. Il destino dei tedeschi dell'Europa centro-orientale dopo la seconda guerra mondiale*. Neapel.
- Demshuk, Andrew Thomas (2012): *The Lost German East: Forced Migration and the Politics of Memory, 1945–1970*. Cambridge.
- Die Konferenz von Potsdam (1992). Bearb. von G. Biewer. *Dokumente zur Deutschlandpolitik*. II. Reihe, Bd. I. Neuwied.
- Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa (1953–1962). Bearbeitet von Theodor Schieder. 5 Bde. hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene. München.
- Douglas, Raymond M. (2012): *Ordnungsgemäße Überführung. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg*. München (engl. Originalfassung: *Orderly and Humane: The Expulsion of the Germans after the Second World War*. New Haven).
- Etzold, Raphaela/Löhnig, Martin/Schlemmer, Thomas (Hgg.) (2019): *Migration und Integration in Deutschland nach 1945*. Berlin, Boston.
- Faulenbach, Bernd (2000): *L'espulsione dei Tedeschi al di là dell'Oder e della Neißة come tema della storiografia e della discussione pubblica in Germania*. In: Cattaruzza, Marina/Dogo, Marco/Pupo, Raoul (Hgg.): *Esodi Trasferimenti forzati di popolazione nel novecento europeo*. Neapel, 151–170.
- Faulenbach, Bernd/Helle, Andreas (Hgg.) (200): *Zwangsmigration in Europa. Zur wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzung um die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten*. Essen.
- Ferrara, Antonio/Pianciola, Niccolò (2012): *L'età delle migrazioni forzate. Esodi e deportazioni in Europa 1853–1953*. Bologna.
- Fischer, Alexander (Hg.) (1968). *Teheran, Jalta, Potsdam: die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der »Großen Drei«*. Köln.
- Frank, Matthew (2017): *Making Minorities History: Population Transfer in Twentieth-Century Europe*. Oxford.
- Gatrell, Peter (2019): *The Unsettling of Europe. How Migration Reshaped a Continent*. New York.
- Kittel, Manfred/Möller, Horst (2006): *Die Beneš-Dekrete und die Vertreibung der Deutschen im europäischen Vergleich*. In: *VfZ*, 54, 2006, 4, 541–581.
- Knopp, Guido (2001): *Die große Flucht. Das Schicksal der Vertriebenen*. München.

- Komitee gegen Massenvertreibung (1948): *Das Land der Toten. Menschen ohne Menschenrechte. Studien der Deportationen aus dem Osten Deutschlands.* hrsg. vom Zonenausschuß der CDU der Britischen Zone. Detmold.
- Kossert, Andreas (2008): *Kalte Heimat: die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945.* München.
- Kossert, Andreas (2020): *Flucht. Eine Menschheitsgeschichte.* 2. Aufl. München.
- Kulturstiftung der Dt. Vertriebenen (Hg.) (1989): *Vertreibung und Vertreibungsverbrechen: 1945–1948 (Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974, Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte).* Bonn.
- Langels, Otto (2012): *Kluge Analyse der Vertreibung.* In: *Deutschlandfunk.de*, 27.2.2012, <https://www.deutschlandfunk.de/kluge-analyse-der-vertreibung-100.html> (20.12.2023).
- Melville, Ralph/Pešek, Jiří/Scharf Claus (Hgg.) (2007): *Zwangsmigrationen im mittleren und östlichen Europa. Völkerrecht – Konzeptionen – Praxis (1938–1950).* Mainz.
- Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin, 2. August 1945. XIII. Ordnungsmäßige Überführung deutscher Bevölkerungsteile. In: *Alliierten Sekretariat (Hg.) (1946): Amtsblatt des Alliierten Kontrollrats in Deutschland, 1. Ergänzungsblatt. Sammlung von Urkunden betreffend die Errichtung der Alliierten Kontrollbehörde.* Berlin.
- Naimark, Norman M. (2001): *Fires of Hatred: Ethnic Cleansing in Twentieth-Century Europe.* Cambridge.
- Naimark, Norman M. (2004, Erstausgabe 2001): *Flammender Haß. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert.* München.
- O'Hare McCormick, Anne (1946). In: *New York Times*, 23.10.1946.
- Oltmer, Jochen (2017): *Migration. Geschichte und Zukunft der Gegenwart.* Darmstadt.
- Orwell, George (1945): *As I Please.* In: *Tribune*, 2.2.1945.
- Picone Chiodo, Marco (2009, Erstausgabe 1987): *... e malediranno l'ora in cui partorirono. L'odissea tedesca fra il 1944 e il 1949.* Mailand.
- Pimlott, Ben (Hg.) (2000, Erstausgabe 1986): *The Second World War Diary of Hugh Dalton, 1940–1945.* London.
- Polman, Linda (2019): *Niemand wil ze hebben: Europa en zijn vluchtelingen.* Amsterdam.
- Polman, Linda (2020): *Terra di nessuno. Rifugiati e migranti in Europa dal 1938 a oggi.* Rom.
- Rock, David/Wolff, Stefan (Hgg.) (2002): *Coming Home to Germany?: the Integration of ethnic Germans from Central and Eastern Europe in the Federal Republic.* New York, Oxford.
- Russell, Bertrand (1945): *Mass Deportations.* In: *The Times*, 23.10.1945.
- Schulze, Rainer/Rohde, Reinhold/Voss, Rainer (2001): *Zwischen Heimat und Zuhause: Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in (West-)Deutschland 1945–2000.* Osnabrück.

- Schulze, Rainer (2003): *Tra Heimat e Zuhause: la memoria dei profughi tedeschi*. In: *Contemporanea*. 4, 647–672.
- Schieder, Theodor (1960): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten als wissenschaftliches Problem. In: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 8, 1–16.
- Schönhagen, Jakob/Herbert, Ulrich (Hgg.) (2023): *Migration und Migrationspolitik in Europa 1945–2020*. Göttingen.
- Schwartz, Michael (2004): *Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«: Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961*. München.
- Schwartz, Michael (2013): *Ethnische »Säuberungen« in der Moderne. Globale Wechselwirkungen nationalistischer und rassistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert*. München.
- Sorgoni, Barbara (2022): *Antropologia delle migrazioni. L'età dei rifugiati*. Rom.
- Suppan, Arnold (2013): *Hitler – Beneš – Tito. Konflikt, Krieg und Völkermord in Ostmittel- und Südosteuropa*. Wien, [https://verlag.oeaw.ac.at/en/product/hitler-bene-tito/99200488?name=hitler-bene-tito&product\\_form=588](https://verlag.oeaw.ac.at/en/product/hitler-bene-tito/99200488?name=hitler-bene-tito&product_form=588).
- Ther, Philipp (2017): *Die Außenseiter. Flucht, Flüchtlinge und Integration im modernen Europa*. Berlin.